



Zürcher Gesetzessammlung seit 1803 online

<http://www.staatsarchiv.zh.ch/query>

Signatur	StAZH OS 54 (S. 103-105)
Titel	Strafprozessordnung (Änderung)
Ordnungsnummer	321
Datum	02.03.1997

[S. 103] I. Die Strafprozessordnung vom 4. Mai 1919 wird wie folgt geändert:

§ 19 a. Auf Minderjährige und Junge Erwachsene bis zum 20. Altersjahr, die am Verfahren als Parteien oder in anderer Weise mitzuwirken haben, finden die §§ 367–373 sinngemäss Anwendung.

§ 239 b. Minderjährige und Junge Erwachsene bis zum 20. Altersjahr werden ausschliesslich durch den Präsidenten einvernommen. Den Parteien steht das Recht zu, im Anschluss an die Einvernahme durch den Präsidenten Ergänzungsfragen stellen zu lassen.

Titel vor § 367:

VII. Abschnitt: Verfahren gegen Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene bis zum 20. Altersjahr

A. Allgemeine Vorschriften

§ 367. Abs. 1 unverändert.

Werden Jungen Erwachsenen bis zum 20. Altersjahr Straftaten zur Last gelegt, die sie als Minderjährige begangen haben, richtet sich das Verfahren nach §§ 374–389.

Abs. 3 unverändert.

§ 368. Das Verfahren, insbesondere aber die Befragungen und andere Untersuchungshandlungen, ist den erzieherischen und fürsorgerischen Bedürfnissen eines Minderjährigen oder Jungen Erwachsenen bis zum 20. Altersjahr anzupassen und mit Beschleunigung zu führen.

Abs. 2 unverändert.

§ 369. Der Anspruch eines Beteiligten auf Akteneinsicht und Teilnahme an Verhandlungen darf durch geeignete Massnahmen nur soweit eingeschränkt werden, als es überwiegende schutzwürdige Interessen eines Minderjährigen oder Jungen Erwachsenen bis zum 20. Altersjahr oder seiner Angehörigen erfordern. Solche Anordnungen sind in den Akten zu vermerken und zu begründen.

Abs. 2 unverändert. // [S. 104]

§ 371. Abs. 1 unverändert.

Für Junge Erwachsene bis zum 20. Altersjahr gelten die Bestimmungen über die notwendige Verteidigung gemäss § 11 Abs. 2 und § 12, sofern nicht das Verfahren gegen Jugendliche anwendbar ist.

§ 372. Die Gerichtsverhandlungen gegen Minderjährige und Junge Erwachsene bis zum 20. Altersjahr sind nicht öffentlich, wenn nicht gleichzeitig gegen Erwachsene verhandelt werden muss. Eltern, Vormünder und Fürsorger von Minderjährigen dürfen,



solche von Jungen Erwachsenen bis zum 20. Altersjahr mit deren Einverständnis, den Verhandlungen beiwohnen, ebenso die Geschädigten, diese aber in der Regel nur in bezug auf ihre zivilrechtlichen Ansprüche.

Abs. 2 unverändert.

§ 373. Rechtsmittel können ergreifen:

1. der Minderjährige selbst, wenn er das 15. Altersjahr zurückgelegt hat und urteilsfähig ist, und der Junge Erwachsene bis zum 20. Altersjahr;

Ziffern 2–6 unverändert.

Titel C vor § 390 wird aufgehoben.

§ 390 wird aufgehoben.

II. Dieses Gesetz untersteht der Volksabstimmung.

Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht seines Büros über die Ergebnisse der kantonalen Volksabstimmung vom 2. März 1997

Zahl der Stimmberechtigten	762897
Eingegangene Stimmzettel	203565
Annehmende Stimmen	155771
Verwerfende Stimmen	39187
Ungültige Stimmen	2684
Leere Stimmen // [S. 105]	5923

beschliesst:

Die Referendumsvorlage «Strafprozessordnung» (Änderung) wird als vom Volke angenommen erklärt.

Zürich, den 21. April 1997

Im Namen des Kantonsrates

Die Präsidentin:

Esther Holm

Der Sekretär:

Thomas Dähler

[Transkript: OCR (Überarbeitung: sef)/04.03.2015]